Gemeinde Eitorf
DER BÜRGERMEISTER

ANLAGE
zu TO.-Pkt.

interne Nummer **XV/0374/V**

Eitorf, den 31.01.2022

Amt 60.2 - Stadt- und Verkehrsplanung, Umweltschutz

Sachbearbeiter/-in: Michaela Straßek-Knipp

Bürgermeister

i.V.

Erster Beigeordneter

VORLAGE
- öffentlich -

Beratungsfolge

Ausschuss für Stadtplanung, Ortsentwicklung, 15.02.2022
Mobilität und Klimaschutz
Rat der Gemeinde Eitorf 07.03.2022

Tagesordnungspunkt:

Bebauungsplan Nr. 35 „Josefshöhe“
Hier: Behandlung der vorgebrachten Anregungen aus der erneuten Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 3 (2) BauGB i.V.m. § 4 a (3) BauGB

Beschlussvorschlag:

Siehe Begründung.

Begründung:

Der Ausschuss für Stadtplanung, Ortsentwicklung, Mobilität und Klimaschutz hat in seiner Sitzung am 24.08.2021 beschlossen, den Bebauungsplanentwurf nebst Entwurf der Begründung mit seinen Anlagen gemäß § 3 Abs. 2 i.V.m. § 4 a (3) BauGB erneut öffentlich auszulegen und die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange über die Auslegung zu benachrichtigen. Die erneute öffentliche Auslegung fand in der Zeit vom 23.11.2021 bis einschließlich 22.12.2021 statt.

Mit Schreiben vom 17.11.2021 wurden die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange unterrichtet und um Stellungnahme bis zum 23.12.2021 gebeten.

Die eingegangenen Stellungnahmen werden nachstehend aufgeführt. Sie wurden ausgewertet und jeweils mit einem Beschlussvorschlag ergänzt.

I. Rückläufe des Beteiligungsverfahrens gem. § 3(2) BauGB i.V.m. § 4 a (3) BauGB

1. WECO Pyrotechnische Fabrik GmbH, Stellungnahme vom 19.11.2021

„vielen Dank für die Zusendung der Informationen (Datum 19.11.2021) zwecks Bebauungsplan Nr. 35. Nach Prüfung der Angaben auf ihrer Internetseite nehmen wir wie folgt Stellung:
Die aufgezeigten Anpassungen / Änderungen am Bebauungsplan Nr. 35 „Josefshöhe“ sind für die Fa. WECO ohne Einfluss auf bestehende oder aktuell geplante Nutzungskonzepte.“

Abwägung:

Nicht erforderlich

Beschlussvorschlag:

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, Änderungen des Entwurfs sind nicht erforderlich.

2. Wahnbachtalsperrenverband, Stellungnahme vom 19.11.2021

„bei Ihrem Vorhaben, Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 35, Josefshöhe, sind keine Anlagen des Wahnbachtalsperrenverbandes Siegburg betroffen.“

Abwägung:

Nicht erforderlich

Beschlussvorschlag:

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, Änderungen des Entwurfs sind nicht erforderlich.

3. Bundeswehr für Infrastruktur Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr, Stellungnahme vom 22.11.2021

„durch die oben genannte und in den Unterlagen näher beschriebene Planung werden Belange der Bundeswehr nicht berührt.

Vorbehaltlich einer gleichbleibenden Sach- und Rechtslage bestehen zu der Planung seitens der Bundeswehr als Träger öffentlicher Belange keine Einwände.“

Abwägung:

Nicht erforderlich

Beschlussvorschlag:

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, Änderungen des Entwurfs sind nicht erforderlich.

4. Amprion GmbH, Stellungnahme vom 24.11.2021

„im Planbereich der o. a. Maßnahme verlaufen keine Höchstspannungsleitungen unseres Unternehmens.

Planungen von Höchstspannungsleitungen für diesen Bereich liegen aus heutiger Sicht nicht vor.“

Abwägung:

Nicht erforderlich

Beschlussvorschlag:

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, Änderungen des Entwurfs sind nicht erforderlich.

5. Einzelhandelsverband – Bonn Rhein-Sieg Euskirchen e.V., Stellungnahme vom 24.11.2021

„wir teilen Ihnen mit, dass unsererseits keinerlei Bedenken bestehen.“

Abwägung:

Nicht erforderlich

Beschlussvorschlag:

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, Änderungen des Entwurfs sind nicht erforderlich.

6. Rhein-Sieg-Netz GmbH., Stellungnahme vom 06.12.2021

„gegen die Aufstellung des o. g. Bebauungsplans bestehen unsererseits keine Bedenken.“

Abwägung:

Nicht erforderlich

Beschlussvorschlag:

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, Änderungen des Entwurfs sind nicht erforderlich.

7. Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen, Stellungnahme vom 15.12.2021

„bezugnehmend auf unsere Stellungnahme vom 26.07.2021 bestehen seitens der Kreisstelle Rhein-Sieg-Kreis der Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen keine grundsätzlichen Bedenken gegen den Bebauungsplan Nr. 35 „Josefshöhe“ der Gemeinde Eitorf, auch wenn wieder wertvolle landwirtschaftliche Flächen verloren gehen.

Wir gehen davon aus, dass durch die Planung keine zusätzlichen landwirtschaftlichen Flächen in Anspruch genommen werden. Ansonsten behalten wir uns eine weitere Stellungnahme vor.“

Abwägung:

Nicht erforderlich

Beschlussvorschlag:

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, Änderungen des Entwurfs sind nicht erforderlich.

8. Rhein-Sieg-Kreis, Stellungnahme vom 22.12.2021

„zu o.g. Verfahren wird wie folgt Stellung genommen:

Immissionsschutz

Auch wenn durch den beabsichtigten städtebaulichen Vertrag kein weiterer abwägungsrelevanter bzw. planerischer Handlungsbedarf auf Bebauungsplanebene mehr besteht, ist im Rahmen des städtebaulichen Vertrages sicherzustellen, dass alle relevanten Lärminderungsmaßnahmen konkret benannt werden und auch umsetzbar sein müssen.

Dies betrifft nicht nur den Schießlärm, sondern auch alle weiteren dazugehörigen Geräuschquellen, wie An- und Abfahrten oder weitere mögliche Lärmquellen bei besonderen Veranstaltungen wie zum Beispiel dem Königsschießen (z.B. Musik).

Die zu erarbeitenden Maßnahmen müssen so zielführend und konkret sein, dass zu jeder Zeit sichergestellt ist, dass die Immissionsrichtwerte an der schutzwürdigen heranrückenden Wohnbebauung eingehalten werden.

Es wird empfohlen, den vereinbarten Maßnahmenkatalog vor Vertragsabschluss bzw. Satzungsbeschluss der unteren Immissionsschutzbehörde (Rhein-Sieg-Kreis, Amt für Umwelt- und Naturschutz) nochmals vorzulegen.

Gewässerschutz

Grundsätzlich bestehen zu den in der Begründung aufgeführten Überlegungen und den daraus folgenden Maßnahmen keine Bedenken.

Schmutz- /Niederschlagswasserbeseitigung

Es wird darauf hingewiesen, dass die Einleitung über das unter 9.2 beschriebene Rückhaltebecken in den Pfaffensiefen wasserrechtlich beim Rhein-Sieg-Kreis, Amt für Umwelt- und Naturschutz zu beantragen und im Verfahren im Detail zu prüfen ist.

Anpassung Klimawandel/Starkregen

Die mit einer Versiegelung einhergehenden negativen Folgen hinsichtlich des Wasserhaushalts lassen sich üblicherweise durch geeignete Maßnahmen zusätzlich abmildern. Hierzu zählen insbesondere flächige Pflanzmaßnahmen wie Dach- und Fassadenbegrünung und die Anlage von Notwasserwegen zur schadlosen Abführung oberflächiger Abflüsse in Starkregensituationen.

Kreisstraßenbau

Es zeigt sich, dass der Bebauungsplanentwurf aufgrund der Abwägungsergebnisse in Teilen geändert und ergänzt wurde.

Weiterhin Bestand hat, das durch Schaffung eines Knotenpunktes K27/Planstraße A (K27-Abschnitt 1-freie Strecke bei ca. Stat. 6+300 km) das zukünftige Wohngebiet erschlossen werden soll.

Im Rahmen der vorherigen Beteiligung gemäß § 4 (2) BauGB zeigt sich im Abgleich zu den aktualisierten Inhalten der erneuten Beteiligung, dass verbal-argumentativ die Inhalte des Verkehrsgutachten BP Nr. 33 „Blumenhof“ sich hier wiederfinden. Die prognostischen Ausführungen zum Verkehrsaufkommen am geplanten Knotenpunkt werden für das hier Bauleitplanverfahren als nunmehr ausreichend angesehen.

In der vorliegenden **Begründung Stand Oktober 2021** wurden planzeichnungsbezogene Änderungen hinsichtlich von Grundstücken getroffen, welche sich im Eigentum des Rhein-Sieg-Kreises befinden. Es handelt sich dabei um die Flurstücke 228, 229 und 231 in der Gemarkung Eitorf, Flur 24.

Laut Begründung („Planzeichnungsbezogene Änderungen“/Seite 8 unten) wurde die Festsetzung „öffentliche Grünfläche“ auf den Parzellen Nrn. 228, 229, 231 im Bereich der Kreisstraße in „öffentliche Verkehrsfläche“ geändert.

An dieser Stelle ist festzustellen, dass das Flurstück **229** derzeit vollständig als Rad- und Gehwegsfläche beansprucht wird. Zukünftig liegt das Grundstück im geplanten Knotenpunktbereich K27/Planstraße A. Gegen die vorgesehene Festsetzung als „öffentliche Verkehrsfläche“ bestehen keine Bedenken.

Das Flurstück **228** –Anmerkung: im Bereich des Plangebietes- wird im Kataster mit einem geringen Flächenansatz als Rad- und Fußweg und mit einem wesentlich höheren Flächenanteil als „Verkehrsbegleitfläche Straße“ geführt. Der Planurkunde ist zu entnehmen, dass die Nutzungsdarstellung „öffentliche Verkehrsfläche“ sich hier wiederfindet. Bei dieser Nutzungsdarstellung bestehen ebenfalls keine Bedenken.

Das Flurstück **231** –Anmerkung: im Bereich des Plangebietes- wird vollständig als Rad- und Gehweg geführt und auch so genutzt. Auch in diesem Flächenbereich des Bebauungsplanentwurfes bestehen keine Bedenken, diesen als „öffentliche Verkehrsfläche“ darzustellen.

Unter II. Textfestsetzungen wird auf „Festsetzungen zu den aktiven und passiven Schallschutzmaßnahmen gemäß Vorgabe der schalltechnischen Untersuchung“ verwiesen.

Im schalltechnischen Gutachten des Schalltechnischen Ing.-Büros Pies, mit letztem Stand der Gutachtenfertigstellung vom 25.06.2021 erfolgt erstmalig eine Betrachtung des von der Kreisstraße K27 erzeugten Verkehrslärms Richtung geplantem Wohngebiet. Aufgrund der festgestellten Lärmbeeinflussung wurde es als erforderlich angesehen, Vorgaben dieser schalltechnischen Untersuchung in Form von aktiven (Ergänzung einer Schallschutzwand im Einmündungsbereich der K27/Planstraße A) und passiven Schallschutzmaßnahmen (an den Gebäudefassaden Richtung K27 und

der nordwestlichen Bauzeile), mittels textlicher Festsetzungen vorzunehmen. An dieser Stelle wird klargestellt, dass durch die vorgenannten Maßnahmen entstehenden Kosten nicht durch den Rhein-Sieg-Kreis als Straßenbaulastträger der K27 erbracht werden.

Unter Beachtung der vorherigen Ausführungen bestehen aus Sicht des Kreisstraßenbaus keine Bedenken gegen das vorliegende Bauleitplanverfahren.

Hinweise:

Es wird darauf aufmerksam gemacht, dass, sofern Bauvorhaben den Festsetzungen eines Bebauungsplanes entsprechen, keine darüber hinaus gehende Beteiligung der Straßenbaubehörde (K27 = Rhein-Sieg-Kreis) in den einzelnen, noch kommenden Baugenehmigungsverfahren (nordwestliches Baufenster innerhalb der 40 m-Abstandszone, zustimmungspflichtig laut § 25 StrWG) erforderlich macht. In diesem Zusammenhang wird auf § 25 (5) StrWG NRW hingewiesen.

Abschließend wird nochmals darauf hingewiesen, dass - wie bereits in den vorherigen Beteiligungen dargelegt - es notwendig ist, für den geplanten Anschluss des Wohngebietes an die K27 (geplanter Knotenpunkt liegt außerhalb der Ortsdurchfahrt) einen Antrag auf Sondernutzungserlaubnis zu stellen. In diesem Zusammenhang wird auf § 18 StrWG NRW verwiesen.

Diese erforderliche Erlaubnis erteilt der Rhein-Sieg-Kreis als Straßenbaulastträger. Erst nach Vorlage eines entsprechenden Antrages mit Darstellung einer qualifizierten Straßenplanung in diesem Anschlussbereich - unter Berücksichtigung der vorgesehenen Linksabbiegespur, der Querung des dort ankommenden Rad- und Gehweges - wird eine Prüfung des Antrages erfolgen. Vorbehaltlich der vorherigen Ausführungen, kann perspektivisch an dieser Stelle die generelle Einschätzung getroffen werden, dass ein Knotenpunkt an dieser Stelle als machbar angesehen wird.

Alle im Zusammenhang mit der Antragstellung, der Planung bis zur Realisierung des Knotenpunktes K27/Planstraße A entstehenden Kosten sind durch den Antragsteller zu tragen. Zudem ist der Erlaubnisnehmer verpflichtet, die mit der Sondernutzung verbundenen Anlagen in Folge zu unterhalten.“

Abwägung:

▪ Immissionsschutz

Wie in der Stellungnahme ausgeführt, beziehen sich die vorgetragenen Inhalte ausschließlich auf den Regelungsgehalt des städtebaulichen Vertrags, der zwischen dem Erschließungsträger und dem Schützenverein geschlossen wird.

Für den Bebauungsplan besteht kein abwägungsrelevanter bzw. planerischer Handlungsbedarf.

▪ Gewässerschutz

Für den Bebauungsplan besteht kein abwägungsrelevanter bzw. planerischer Handlungsbedarf.

▪ Schmutz- und Niederschlagswasserbeseitigung

Für den Bebauungsplan besteht kein abwägungsrelevanter bzw. planerischer Handlungsbedarf. Ein wasserrechtlicher Antrag zum geplanten Regenrückhaltebecken wird beim Rhein-Sieg-Kreis gestellt. Eine grundsätzliche Vorabstimmung ist bereits erfolgt.

▪ Anpassung Klimawandel/ Starkregen

Die zusätzlichen Hinweise werden zur Kenntnis genommen und als Empfehlung in die Begründung zum Bebauungsplan mit aufgenommen.

▪ Kreisstraßenbau

Die in der Stellungnahme vorgetragenen Anregungen lösen für die Ebene des Bebauungsplans keinen weiteren planerischen Handlungsbedarf aus.

Wie in der Stellungnahme dargelegt, wurden die in den Vorverfahren vorgetragenen Anregungen berücksichtigt. Es wird zur Kenntnis genommen, dass aus Sicht des Kreises - vorbehaltlich der

straßenverkehrlichen Detailprüfung im Zuge der zu beantragenden Sondernutzungserlaubnis-
"perspektivisch die generelle Einschätzung getroffen werden (kann), dass ein Knotenpunkt (an der im
Bebauungsplan vorgesehen) Stelle als machbar angesehen wird".

Für die Bebauungsplanebene ergibt sich insgesamt aus den vorgebrachten Anregungen kein weiterer
abwägungsrelevanter bzw. planerischer Handlungsbedarf.

Beschlussvorschlag:

Die vorgetragenen Stellungnahmen des Rhein-Sieg-Kreises werden wie in der Abwägung dargelegt
behandelt und beschlossen.

9. Tele Columbus Betriebs GmbH, Stellungnahme vom: 23.12.2021

„Auskunft der TELECOLUMBUS:

In dem von Ihnen angefragten Bereich (53783 Eitorf - Josefshöhe, Josefshöhe 9) befinden sich keine
Erdkabelanlagen der TELECOLUMBUS.

Diese Negativauskunft hat eine Gültigkeit von sechs Monaten, danach ist eine erneute Anfrage
notwendig.

Auskunft der HLKomm:

In dem von Ihnen angefragten Bereich (53783 Eitorf - Josefshöhe, Josefshöhe 9) befinden sich keine
Erdkabelanlagen der HLKomm.

Diese Negativauskunft hat eine Gültigkeit von sechs Monaten, danach ist eine erneute Anfrage
notwendig.

Auskunft der PEPCOM:

in dem von Ihnen angefragten Bereich (53783 Eitorf - Josefshöhe, Josefshöhe 9) befinden sich keine
Erdkabelanlagen der PEPCOM.

Diese Negativauskunft hat eine Gültigkeit von sechs Monaten, danach ist eine erneute Anfrage
notwendig.

In dem betroffenen Bereich befinden sich Erdkabelanlagen der Tele Columbus Gruppe (siehe
Schutzanweisung für Bauarbeiten im Trassenbereich), deren Lage in den beigefügten Bestandsplänen
ersichtlich ist.

Wir haben keine Einwände gegen ihr Vorhaben unter der Bedingung, dass Sie die beigefügten
Kabelschutzhinweise vollumfänglich beachten.

Im Falle einer Beschädigung der Kabelanlage ist unsere Störhotline erreichbar unter:

0341/ 60952 – 444 oder 0341/ 60952 – 473 (NOC 24/7)

Zusätzliche Informationen zur Auskunft:

Gültigkeit dieses Schachtscheins: 6 Monate nach Ausstellungsdatum.

Sofern zwischen der Einreichung der Planungsunterlagen und Baubeginn mehr als 6 Monate liegen,
müssen Sie zwingend vor Baubeginn einen aktuellen Schachtschein anfordern.

Schutzanweisung für Bauarbeiten im Trassenbereich der Tele Columbus AG und ihrer Tochter- und Beteiligungsunternehmen (Schutzanweisung „unterirdische Versorgungsleitungen“)

*In dem von Ihnen angefragten Bereich befinden sich Kabelanlagen der Tele Columbus Gruppe (TC). Sie
dienen der Erbringung von Telekommunikationsdienstleistungen und Multimediasdiensten gegenüber
der Öffentlichkeit und sind Telekommunikationsanlagen gemäß Telekommunikationsgesetz (TKG).*

*Die Kabelnetzbetreiber der TC sind ihrer Meldepflicht gemäß § 6 TKG nachgekommen und zur
Erbringung von Telekommunikationsdienstleistungen an die Öffentlichkeit befugt. Weiterhin sind die
Kabelnetzbetreiber Inhaber von Wegerechten gem. § 69 TKG*

- Insbesondere bei Aufgrabungen, Bagger-/Pflasterarbeiten, Bohrungen, Setzen von Masten und Stangen, Eintreiben von Pfählen und Spundwänden muss damit gerechnet werden, auf Kabel und Rohre der TC zu stoßen und sie zu beschädigen.
- Jeder Bauunternehmer hat bei Durchführung der ihm übertragenen Bauarbeiten in öffentlichen und privaten Grundstücken mit dem Vorhandensein unterirdisch verlegter Kabelanlagen der TC im angegebenen Bereich zu rechnen und die erforderliche Sorgfalt zu wahren, um deren Beschädigung zu verhindern.
- Erdarbeiten im Bereich der TC-Kabelanlagen sind mit aller gebotenen Sorgfalt gemäß der VOB und den anerkannten Regeln der Technik und handwerklichen Kunst auszuführen.
- Die eventuelle Anwesenheit eines Beauftragten der Tele Columbus Gruppe an der Baustelle lässt die Eigenverantwortlichkeit des Bauunternehmers in Bezug auf die von ihm verursachten Schäden unberührt.
- Im Hinblick auf die Erkundigungs- und Sicherungspflicht von Bauunternehmen bei der Durchführung von Bauarbeiten ist **rechtzeitig (mind. 6 Wochen)** vor Beginn der Arbeiten bei der Tele Columbus Gruppe eine aktuelle Auskunft über die Lage der im Bau- bzw. Aufgrabungsbereich liegende(n) Kabelanlage(n) einzuholen (**Leitungsauskunft, Erinnerungsverfahren, Aufgrabungskontrolle, Planauskunft, Spartenauskunft**): <https://leitungsauskunft.pyur.com/> [mailto: Leitungsauskunft-Sys@pyur.com](mailto:Leitungsauskunft-Sys@pyur.com)
- Bei Beginn der Bauarbeiten müssen Planungsunterlagen neuesten Standes vorliegen. Neuester Stand bedeutet in diesem Fall, dass die Unterlagen nicht älter als 6 Monate sein dürfen.
- Erkundigungen an anderer Stelle sind nicht ausreichend.
- Es spielt dabei keine Rolle, ob im privaten oder öffentlichen Grund gearbeitet wird.
- Die Überdeckung der Kabelanlage(n) beträgt im Regelfall zwischen 0,6-0,8 m (in Einzelfällen 0,4m oder weniger). Bei durchgeführten Bohrspülverfahren sind Tiefenlagen bis 8 m möglich (siehe Bohrprotokoll). Im Trenchingverfahren eingebrachte Anlagen befinden sich ab einer Verlegetiefe von 0,2 m.
- Eine Abweichung davon ist aber durchaus möglich. Angaben über die Überdeckung der Kabelanlage(n) sind unverbindlich und entbinden die bauausführende Firma nicht von der Pflicht, sich über die tatsächliche Lage der Leitungen, mit Suchschlitzen durch Handaushub zu vergewissern. **Ab einer Tiefe von 0,4 m** ist zwingend **Handschachtung** erforderlich. Gerade im privaten Bereich (aber nicht ausschließlich) muss mit Minderdeckungen unter 0,4m gerechnet werden.
- Schachtdeckel und sonstige zur Versorgungsanlage gehörende Einrichtungen müssen stets zugänglich bleiben.
- Werden Kabelanlagen oder Warnbänder/Schutzhauben an Stellen, die in keinem Plan eingezeichnet sind, angetroffen bzw. freigelegt, so ist die Tele Columbus Gruppe ([mailto: Leitungsauskunft-Sys@pyur.com](mailto:Leitungsauskunft-Sys@pyur.com)) unverzüglich zu verständigen.
- Sind Lichtwellenleiterkabel von der Baumaßnahme betroffen, gelten besondere Bedingungen. Bei direktem Hineinblicken in den Lichtwellenleiter kann es zu einer Schädigung des Auges kommen.
Bei Beschädigungen dieser Kabel entsteht ein hoher wirtschaftlicher Schaden.
Es wird keine Haftung für die durch Beschädigung der optischen Trassen resultierenden Schäden übernommen. Die Beschädigung optischer Trassen ist der Tele Columbus Gruppe unverzüglich schriftlich mitzuteilen.
- Es wird hiermit ausdrücklich darauf hingewiesen, dass durch die Tele Columbus Gruppe vorgenommene Veränderungen an Kabelanlagen, insbesondere hinsichtlich der Leitungsführungen und Tiefenlage, möglich und ggf. noch nicht dokumentiert sind. Erteilte Leitungsauskünfte der TC können daher nicht immer dem aktuellen Stand entsprechen; die in den Lageplänen enthaltenen Angaben und Maßzahlen sind hinsichtlich der Lage und Verlegetiefe daher unverbindlich. Mit Abweichungen muss gerechnet werden.
- Bei sämtlichen Baumaßnahmen Dritter sind die Kabelanlagen der Tele Columbus Gruppe zu schützen bzw. zu sichern. Sie dürfen weder überbaut werden, noch dürfen vorhandene

Überdeckungen verringert werden. Beschädigungen der Anlage sind nach Maßgabe des Strafgesetzbuches (§316b, 317b) strafbar und werden von uns ebenfalls zivilrechtlich verfolgt.

- Ggf. erforderliche Veränderungen der Kabelanlagen dürfen ausschließlich von Unternehmen der Tele Columbus Gruppe bzw. von ihr beauftragten Dritten durchgeführt werden. Die Zustimmung zu ggf. erforderlichen Veränderungen ist grundsätzlich VOR Baubeginn bei der TC in schriftlicher Form einzuholen und wird nur gegen Zusage der Erstattung der anfallenden Kosten erteilt.
- Baugruben oder Gräben, die Kabelanlagen kreuzen bzw. in deren unmittelbarer Nähe verlaufen, sind fachgerecht zu verfüllen.
- Jede unbeabsichtigte Freilegung von Kabelanlagen der TC ist dem Störungsdienst unter der **Rufnummer 0341/60952-444** unverzüglich zu melden. Freigelegte Kabel sind zu sichern und vor Beschädigungen und Diebstahl zu schützen. Die Erdarbeiten sind an Stellen mit freigelegten Kabeln bis zum Eintreffen des Beauftragten der Tele Columbus Gruppe einzustellen.
- **Beschädigung(en) sowie unbeabsichtigte Freilegungen sind sofort bei der Tele Columbus Gruppe unter der Störungsnummer 0341/60952-444 zu melden.**
- Den Mitarbeitern und Beauftragten der Tele Columbus Gruppe ist jederzeit Zutritt zur Baustelle zu gewährleisten.“

Abwägung:

Nicht erforderlich

Beschlussvorschlag:

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, Änderungen des Entwurfs sind nicht erforderlich.

10. Wasserverband Rhein-Sieg-Kreis, Stellungnahme vom 30.12.2021

„zu dem o.g. Vorhaben nimmt der Wasserverband Rhein-Sieg-Kreis wie folgt Stellung:

Lage des Regenrückhaltebeckens am Pfaffensiefen und Gewässerrandstreifen

Das geplante RRB wird gegenüber der bisherigen Planung an die östliche Grundstücksgrenze des Flurstücks 28 gelegt und grenzt somit im Süden unmittelbar an den Pfaffensiefen. Analog zu meiner Stellungnahme vom 03./04.08.2021 ist von der Böschungsoberkante aus ein mindestens 5,00 m breiter Gewässerrandstreifen von baulichen und sonstigen Anlagen (z.B. Zäune, Terrassen etc.) freizuhalten, um, auch im Eigeninteresse der Kommunen, die Gewässerunterhaltungsmaßnahmen des Wasserverbands Rhein-Sieg-Kreis nicht zu ver- oder behindern. Der Abstand zwischen dem RRB und dem Pfaffensiefen geht aus den vorliegenden Unterlagen nicht hervor, sodass eine abschließende Stellungnahme nicht möglich ist.

Zusätzlich empfiehlt es sich innerhalb des Gewässerrandstreifens entlang des Gewässers einen mindestens 3,00 m breiten Streifen auch von (neuer) Bepflanzung freizuhalten, damit der Zugang zum Gewässer mit Fahrzeugen und Geräten ermöglicht wird und der Wasserverband Rhein-Sieg-Kreis so seinen Aufgaben der Gewässerunterhaltung nachkommen kann. Dies empfiehlt sich somit auch für die Erhaltungsfestsetzungen des Baum- und Gehölzbestands entlang des Pfaffensiefens.

Lage und Darstellung Pfaffensiefen

Ich weise darauf hin, dass die tatsächliche Lage des Pfaffensiefens vor Ort von der Darstellung in den Karten (Gewässerverlauf / Gewässerparzelle) abweichen kann. Der tatsächliche Gewässerverlauf sollte daher vor Beginn des o.g. Vorhabens vor Ort festgestellt werden, um die zuvor erläuterten Hinweise berücksichtigen zu können. Ergänzend dazu sollte außerdem der Pfaffensiefen im Bebauungsplan der Lage entsprechend als „Gewässer“ dargestellt sowie ausgewiesen werden und nicht als „Flächen für den Allgemeinbedarf“, wie es bisher der Fall ist.

Regenrückhaltebecken und Einleitung des Niederschlagswassers in den Pfaffensiefen

Das im Plangebiet anfallende Niederschlagswasser soll mit einem vorgeschalteten Regenrückhaltebecken (RRB) in den Pfaffensiefen eingeleitet werden. Eine Rückhaltung des Niederschlagswassers und somit die Reduzierung der Einleitungsmenge vor Einleitung in den Pfaffensiefen sowie die Bemessung des RRBs auf ein 100-jähriges Ereignis wird vom Wasserverband Rhein-Sieg-Kreis grundsätzlich begrüßt.

Im Hinblick auf das geplante RRB und die geplante Einleitung in den Pfaffensiefen sind zur Einschätzung des Vorhabens jedoch verbandsseitig weitere Informationen erforderlich. Relevant sind dabei insbesondere detailliertere Informationen zu der Gestaltung und Bemessung des RRBs (Notentlastung etc.) sowie zu der Dimensionierung und der Ausgestaltung der Einleitung in den Pfaffensiefen. In meiner Stellungnahme vom 03./04.08.2021 bat ich daher um Einsicht in das bereits vorliegende hydraulische Gutachten sowie den BWK-Nachweis.

Um zu dem RRB und zu der hydraulischen Verträglichkeit der Einleitung in den Pfaffensiefen abschließend Stellung nehmen zu können, bitte ich daher um detailliertere Informationen zu der Bemessung und Gestaltung des RRBs (sobald diese vorliegen) sowie um Einsicht in die o.g. hydraulischen Unterlagen und Gutachten. Des Weiteren bitte ich um eine Beteiligung des Wasserverbands Rhein-Sieg-Kreis in den entsprechenden wasserrechtlichen Verfahren.

Überflutungsrisiken (Starkregenhinweiskarten)

Abschließend weise ich darauf hin, dass in den neu veröffentlichten Starkregenhinweiskarten des Landes NRW (einsehbar unter <https://geoportal.de/map.html> bzw. <https://www.klimaanpassungskarte.nrw.de/>) für den Geltungsbereich des o.g. Vorhabens Überflutungen ausgewiesen sind. Sowohl Überschwemmungen vom Pfaffensiefen ausgehend als auch Überschwemmungen durch Starkregen können somit nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden. Sollte das o.g. Vorhaben umgesetzt werden, empfiehlt es sich daher unbedingt bereits im Bebauungsplanverfahren geeignete Maßnahmen zum Überflutungsschutz (Schutz vor Personen- als auch Gebäude- und Infrastrukturschäden) vorzusehen bzw. festzuschreiben.“

Abwägung:

Lage des Regenrückhaltebeckens am Pfaffensiefen und Gewässerrandstreifen

Der Hinweis des Wasserverbandes, einen mindestens 5,00m breiten Gewässerrandstreifen von baulichen und sonstigen Anlagen freizuhalten wird bei der Umsetzung der Planung beachtet werden. Innerhalb dieses 5,00m Streifens entlang des Gewässers soll zudem ein 3,00m breiter Streifen von neuer Bepflanzung freigehalten werden. Für die Bestandsbepflanzung werden lediglich Pflegemaßnahmen in Abstimmung mit dem Wasserverband vorgenommen.

Für die Bebauungsplanebene besteht kein weiterer abwägungsrelevanter bzw. planerischer Handlungsbedarf.

Lage und Darstellung Pfaffensiefen

Im Zuge der wasserrechtlichen Antragstellung soll der tatsächliche Gewässerverlauf aufgemessen und kartiert werden. Der tatsächliche Verlauf soll redaktionell als Hinweis auch in die Bebauungsplanzeichnung mit aufgenommen werden.

Für die Bebauungsplanebene besteht kein weiterer abwägungsrelevanter bzw. planerischer Handlungsbedarf.

Regenrückhaltebecken und Einleitung des Niederschlagswassers in den Pfaffensiefen

Den Hinweisen zu ergänzenden detaillierteren Informationen der Dimensionierung und technischen Ausgestaltung des geplanten Regenrückhaltebeckens wird im Zuge des noch erforderlichen wasserrechtlichen Antrags gefolgt.

Für die Bebauungsplanebene besteht kein weiterer abwägungsrelevanter bzw. planerischer Handlungsbedarf.

Überflutungsrisiken (Starkregenhinweiskarten)

Die Darstellung möglicher Überschwemmungsflächen in den neu veröffentlichten Starkregenhinweiskarten des Landes NRW betreffen im Geltungsbereich des Bebauungsplanes ausschließlich Teilflächen des bestehenden Schießstandes. Es ist eine mögliche Überschwemmungswassertiefe bis zu 50 cm dargestellt. Im Bebauungsplan sind innerhalb dieser Flächen lediglich das geplante Regenrückhaltebecken und das Gebäude des Schießstandes ausgewiesen. Beide Anlagen liegen höher als 50cm über Gelände, so dass mögliche Auswirkungen von Starkregenereignissen berücksichtigt worden sind. Außerdem ist durch die Anlage und Dimensionierung des geplanten Regenrückhaltebeckens potentiell mit einer Verringerung der Starkregenauswirkungen in diesem Bereich zu rechnen. Siehe hierzu im Einzelnen die Darlegungen in der Bebauungsplanbegründung zu Anlage und Auswirkung des geplanten Regenrückhaltebeckens. Die Hinweise des Wasserverbandes zur neu veröffentlichten Starkregenhinweiskarte des Landes sollen aber redaktionell ergänzend in die Begründung des Bebauungsplans mit aufgenommen werden.

Beschlussvorschlag:

Die vorgetragenen Anregungen aus der Stellungnahme des Wasserverbandes werden wie in der Abwägung dargelegt behandelt und beschlossen.

II. Rückläufe des Beteiligungsverfahrens benachbarter Gemeinden gemäß § 2 (2) BauGB

Es sind keinerlei Anregungen eingegangen.